

Der Bote vom Remsthal.

Amts- & Intelligenz-Blatt für die Bezirke Gmünd & Belzheim.

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag; kostet vierteljährlich 24 Kr.; Inserations-Gebühr nach Zeile und Raum 1 1/2 Kr.

Dienstag,

N^o 31.

16. März 1852.

Amtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.

G m ü n d. Mißbräuche bei Veräußerung von Grundstücken.

Mit Beziehung auf den Erlaß vom 28. v. Mts., Amtsblatt No. 26, wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß insbesondere der Jude

Isaak B. Mayer aus Laupheim

sich mit Güterhändeln auf die dort angegebene Weise befaßt und daß derselbe sich nach bei Oberamt eingelaufenen Anzeigen in einzelnen Fällen nicht nur für einen Uebererlös vom Verkäufer garantiren ließ, sondern auch ganz andere, dem Verkäufer, und sogar Dritten, entchieden nachtheiligere Bedingungen, als diejenigen, die verabredet wurden, zu Papier zu bringen wußte; wie z. B. ein als Zeuge beigezogener Nachbar nach Abfassung des schriftlichen Vertrags zu seinem nicht geringen Erstaunen in dem Vertrags-Instrumente auf einmal als Bürge dem ganzen Umfange nach mit seiner Unterschrift figurirte.

Da das Gericht wegen mangelnder Klage auf Bestrafung einzuschreiten nicht in der Lage ist, so werden um so mehr die Bezirks-Angehörigen vor den Umtrieben dieses Juden und aller seiner Genossen in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse eindringlich verwarnet.

Den 15. März 1852.

K. Oberamt. — Schemmel.

G m ü n d. Lokal-Armen-Vereine.

Die gemeinschaftlichen Aemter haben auf unsere Aufforderung vom 4. dieß unfehlbar mit umgehendem Boten kurz anzuzeigen, auf welche Weise die Organe für das Armenwesen in jeder Gemeinde gebildet seien.

Den 15. März 1852.

Königl. gemeinschaftl. Oberamt.

Schemmel. Für den abwesenden Dekan: Kaplan Zeller.

G m ü n d. Bezirks-Wohlthätigkeits-Verein.

Erste Ausschus-Sizung am

Montag den 22. dieß, Nachmittags 2 Uhr,

auf dem hiesigen Rathhause, wobei allgemeine Fragen zur Erörterung kommen.

Den 15. März 1852.

Der Vorstand:
Oberamtmann Schemmel.

G m ü n d. Oberamts-Spar-Kasse.

Es kommen sehr viele Anmeldungen zur Aufnahme kleinerer Kapitalien der Oberamts-Sparkasse, Behufs von Ankauf von Mehl und Früchten, von äußerst geordneten, sogar dem Besitze nach wohlhabenden Leuten, durch den gegenwärtigen Mangel der Lebensbedürfnisse genöthigt, zu, welche jedoch theilweise je nach Eingang der Einlagen erst nach Verlauf einiger Wochen berücksichtigt werden können.

Solche Verzögerung ist für diese Leute, bei der so nöthigen Verwendung dieser Anlehen, oft empfindlich nachtheilig, daher hiemit an Wohlhabende die Bitte gerichtet wird, durch Einzahlungen bei der Spar-Kasse derselben behilflich sein zu wollen, was ja gewiß in unserer gegenwärtig bedrängten Zeit vielseitige Anerkennung finden würde.

Den 15. März 1852.

Köhler, Kassier.

Belzheim.

Aufforderung.

Die bei der unterzeichneten Stelle wegen Landstreicherei und Bettelns in Haft und Untersuchung stehende Anna Maria Schuppert von Mannenberg befand sich bei der Arretirung im Besitze eines silbernen Stahlfederhalters, welcher mit einer Petschaft, die die Buchstaben J. S. enthält, versehen ist und welchen sie zwischen Wangen und Untertürkheim gefunden haben will. Da Letzteres sehr zweifelhaft und sie jedenfalls nicht die rechtmäßige Eigentümerin ist, so ergeht hiemit an Alle diejenigen, welche Ansprüche auf den fraglichen Gegenstand zu haben glauben, die Aufforderung, unverweilt sich an die unterzeichnete Stelle zu wenden, sowie auch sämtliche Polizeistellen um zweck-

dienliche Nachforschungen ersucht werden.

Den 8. März 1852.

K. Oberamt.
Heinz.

Belzheim.

Steckbrief.

Der hienach signalisirte schulpflichtige Knabe Christian Weigele, Sohn der ledigen Friederike Weigele von Oberndorf, Gemeinde-Bezirks Rudersberg, welcher in Folge oberamtlicher Anordnung auf Kosten der Gemeinde bei einem Bürger seines Heimathorts untergebracht wurde, ist am 23. v. Mts. seinem Kostherrn entlaufen, und streicht nun ohne Zweifel auf dem Bettel herum.

Sämmtliche Polizeibehörden werden daher ersucht, auf denselben

fahnden und ihn im Betretungs-

falle hieher einliefern zu lassen.

Den 12. März 1852.

K. Oberamt.
Heinz.

Signalement:

Alter: den 6. Oktober 1840 geboren; Größe: 4'; Statur: stark; Angesicht: rund; Haare: schwarz; Stirne: gerade; Augenbrauen: schwarzbraun; Nase: klein; Wangen: voll; Mund: groß; Zähne: gut; Kinn: rund; besondere Kennzeichen: keine.

Kleidung:

blaues Wamms von Baumwollentuch, gestickt, weißgestreifte Weste, blaue Hosen von Baumwollentuch, alt und lumpig, Lederbundschuhe, leinene Strümpfe, eine schwarze Zippelkappe.

G m ü n d.

Brennholz-Lieferungs-Afford.

80 Mef tannen Brennholz für die Garnison Gmünd, werden am Samstag den 20. März, Vormittags 11 Uhr, im Abstreichs-Afford angekauft.

Den 8. März 1852.

K. Kameralamt.
Niethammer.

Forstamt Lorch,

Revier Kaisersbach.

Holz-Verkauf.



Unter den bekanntesten Bedingungen werden am

Freitag den 26. März d. J.

im Staatswald Großkrenwald
2 1/2 Klftr. buchenes Brennholz,
81 " Nadelholz-Prügel,
" und
2 " weiches Abfallholz
im öffentlichen Aufstreich verkauft
werden.

Mit dem Verkauf wird
Morgens 9 Uhr
im Walde selbst begonnen werden.
Die betreffenden Orts-Vorsteher
wollen ihre Gemeinde-Angehörigen
hieron auf geeignete Weise in
Kenntniß setzen.
Lorch, den 13. März 1852.
K. Forstamt.
H. Gwinner, A.-B.

**Forstamt und Revier Lorch.
Holz-Verkauf.**

Nachstehende Holz-Quantitäten
werden an
den be-
gesetzten
Tagen
zum
öffentlichen Aufstreichs-Verkauf ge-
bracht werden:



1) aus dem Staatswald Wezler
am Samstag den 27. März d. J.

- 1 Stück eichen Nutzholz,
- 3 " Nadelholz-Sägglöze,
- 1 Klftr. eichenes Brennholz,
- 3 " buchene Scheiter,
- 3 " " Prügel,
- 2 " erlene Scheiter,
- 1 " " Prügel,
- 23 " tannene Prügel,
- 5100 Stück buchene Wellen,
- 62 " erlene " und
- 237 " erlene " und
- 25 " aspene "

2) aus dem Staatswald Knaupis
am Montag den 29. März d. J.

- 23 Stück Nadelholz-Sägglöze,
 - 148 Klftr. tannene Scheiter,
 - 27 " " Prügel und
 - 1 " weiches Abfallholz.
- Zusammenkunft und Verkauf je
Morgens 9 Uhr
in den genannten Waldtheilen selbst.
Die betreffenden Orts-Vorsteher

wollen diesen Holz-Verkauf in ihren
Gemeinde-Bezirken rechtzeitig be-
kannt machen lassen.
Lorch, den 13. März 1852.
K. Forstamt.
H. Gwinner, A.-B.

G m ü n d.

Holzbeifubr-Alford.
Die Beifubr von 45^{3/4} Klafter
Tannenholz aus dem Taubenthal
und 8 1/2 Klftr. Tannenholz aus
dem Nepper, wird nächsten
Mittwoch den 17. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
in der Kanzlei der unterzeichneten
Stelle vorgenommen.
Den 15. März 1852.
Stadtpflege.

G m ü n d.

Waldpflanzen-Verkauf.
Die unterzeichnete Stelle gibt
dieses Frühjahr aus der Pflanzen-
Schule im Benzholz 15—20,000
Stück zwei- und dreijährige Fichten-
Pflanzen, das Tausend für 48 fr. ab.
Den 15. März 1852.
Hospitalpflege.
Kraus.

Oberböbingen,
Oberamts Gmünd.

Liegenschafts-Verkauf.
Nachdem bei der Michael Knob-
lauch's Wittve dahier mehrere
Schulden eingeklagt sind und die-
selbe nicht bezahlen kann, so wird
derselben im Exekutionswege am
Mittwoch den 24. März,
Vormittags 9 Uhr,
auf hiesigem Rathhaus öffentlich
verkauft:
1/2 Mrgn. 21,7 Rthn. Lindenacker;
1 1/2 Mrgn. 44,1 Rthn. Leis-
Bergacker;
1 1/2 Mrgn. 39,3 Rthn. Wiese
im Osterfeld;
3/4 Mrgn. 28,3 Rthn. Hanfstand
und Wiese in Badenwiesen.

Mattung Unterböbingen:
circa 1/2 Mrgn. Wiesen im Leis-
Berg;
ca. 1 Mrgn. Acker daselbst.
Wenn sich ein Liebhaber zum
Ganzen zeigt, so kann auch das
Haus und 1/2 Gemeinderecht da-
mit angekauft werden.

Kaufsliebhaber, auswärtige mit
Vermögens-Zeugnissen versehen,
werden eingeladen.
Den 25. Februar 1852.
Schultheissenamt.
Ensl.

Kaisersbach,
Oberamts Welzheim.

Aufforderung.
Jakob Pflüger, 26 Jahre alt,
lediger Weber von Kronhütte, will
nach Südamerika auswandern, kann
aber keinen Bürgen stellen.
Es ergeht daher an diejenigen,
welche etwa Ansprüche an Pflüger
zu machen haben, die Aufforderung,
solche binnen 8 Tagen bei der
unterzeichneten Stelle nachzuweisen.
Den 11. März 1852.
Schultheissenamt.
Trukenmüller.

Kaisersbach,
Oberamts Welzheim.

Aufforderung.
Gottfried Strohmaier, Wittwer,
Bürger zu Heinesmühle Oberamts
Gaidorf, ansässig auf dem Stro-
hof hiesiger Gemeinde, beabsichtigt
mit seinen Kindern nach Nord-
Amerika auszuwandern. In Er-
manglung der hiesig gesetzlich vor-
geschriebenen Bürgschafts-Leistung
werden nun diejenigen, welche etwa
eine Forderung an Strohmaier zu
machen hätten, aufgefordert, ihre
Ansprüche binnen 15 Tagen
bei der unterzeichneten Stelle an-
zumelden.
Den 12. März 1852.
Schultheissenamt.
Trukenmüller.

Vermischte Anzeigen.

G m ü n d.
Der untere oder der obere
Theil in meinem Haus im Ziegel-
gäßle ist aus freier Hand zu ver-
kaufen.
Vinzenz Seybold,
Schuhmachermeister.

G m ü n d.
Einen Kühwagen
hat billig zu verkaufen
Röhrle,
Schmied.



G m ü n d.
Ein Mädchen wünscht bei
einer ordentlichen Familie in Kost
und Logis zu treten. Näheres er-
fährt man bei
der Redaktion.

G m ü n d.
Logis-Gesuch.
Es wird sogleich ein Logis
gesucht, bestehend in 3 bis 4 Zim-
mern nebst einem Arbeits-Lokal
für ein stilles Geschäft. Nähere
Auskunft ertheilt
die Redaktion.

G m ü n d.
Geld auszuleihen.
Auf Georgi hat mehrere
100 fl., an Ober-
amtsangehörige, auf
Versicherung in liegen-
den Gründen auszu-
leihen. Wer? sagt
die Redaktion.



G m ü n d.
Geld-Gesuch.
Ein hiesiger Bürger sucht gegen
zweifache Versicherung
350 fl. aufzunehmen.
Nähere Auskunft ertheilt
die Redaktion.



**Rede des Herrn Staatsrath Freiherrn v. Linden
in der 111. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**

(Schluß.)

In ähnlicher Weise, meine Herren, wie es in ganz Deutschland
gegangen ist, ist es auch in Württemberg gegangen. In Würt-
temberg ist man weiter gegangen, als in irgend einem andern Lande,
in dem Entgegenkommen gegen Das, was man das Produkt der
neuern Zeit nannte. Die Ideen, die in den Jahren 1848 und
1849 zur Entwicklung kamen, man wollte ihnen in Württemberg —
wenn ich mich des Ausdruckes bedienen darf — eine ehrliche Probe
gönnen, man wollte sehen, ob wirklich das Glück des Landes mit
diesen Ideen gefördert werden kann. Es hat deswegen, nachdem
das Ministerium abgetreten war, welches zunächst mit der Pflege
dieser Ideen sich befaßt hatte, auch ein nachfolgendes Ministerium
keinen Anstand genommen, noch auf die Grundlagen hin einen
Versuch zu machen, ob man denn wirklich mit den Ideen des Jahres
1848 Württemberg in einer nützlichen, das Wohl des Landes för-
dernden Weise umgestalten könne. Sie Alle, meine Herren, haben
Kenntniß erhalten von den Kämpfen, die in diesem Saale stattge-
funden haben, Sie waren theilweise zugegen, Sie waren Zeugen,
wie alle Verhältnisse sich verkehrt hatten, wie Diejenigen, die bis
dahin, wie man sich ausdrückte, auf der Linken saßen, plötzlich auf
die äußerste Rechte hinübergedrängt wurden, ohne kaum irgend einen

Einfluß zu genießen; wie die Extreme in einer Weise sich gegen-
überstanden, daß es ganz unmöglich war, eine Vereinbarung zu
erzielen. Man hat gekämpft vom November 1849 bis in die Mitte
des Jahres 50; es ist nicht gelungen. Nun sagt man: es ist
eben gefehlt worden darin, daß man nicht eine totale Revision der
Verfassung vorgenommen hat; wenn man gewußt hätte, was die
Regierung überhaupt zu bieten gemeint ist, so hätte man sich wohl
verständigt: Das war ein partieller Kampf, ein Hin- und Herzerren
von Diesem und Jenem, was zu keinem guten Resultate führen
konnte. Gut, meine Herren, das damals eintretende Ministerium
hat geglaubt, es soll auch dieser Versuch noch gemacht werden;
wir haben also eine Verfassung proponirt, welche in der That so
Vieles geboten hat, daß auch nur das geringste Mehr vom Nebel
gewesen wäre. Kaum hatte ich diese Verfassung von der damals
noch bestandenen Tribüne in ihren einleitenden-Motiven vorgelesen,
so tönte mir schon der Ruf entgegen: wir sehen es jetzt, die Re-
gierung will keine Vereinbarung, sie weicht entschieden von den
Grundrechten ab, was kann da herauskommen, jetzt können wir die
Absichten der Regierung. In dieser Weise hat man damals die
Vorlage der Verfassung empfangen. Demungeachtet hat die Re-
gierung die Sache ihren Gang gehen lassen; wie waren aber die
Kommissionsberichte, die über diesen Verfassungsentwurf erstattet
wurden; mit welcher Bitterkeit, mit welcher Gehässigkeit und Maß-
losigkeit waren dieselben erfüllt, so daß wirklich ein redliches Gemüth

sich fragen mußte: ist es möglich, daß man über einen ehrlichen, aufrichtigen Versuch in dieser Weise sich ausdrückt?

Der Gang der Ereignisse hat den Beratungen, welche ohne Zweifel ebenso gehässig als nutzlos gewesen wären, ein Ende gemacht; die politische Stellung, welche Württemberg nothwendig einnehmen mußte, wenn man es nicht etwa als ein isolirtes Land, als eine Insel betrachten wollte, brachte Erigenzen mit sich, welche auf eine Weise verworfen wurden, daß nunmehr keine Gemeinschaft mehr zwischen der Regierung und der Landesversammlung bestehen konnte. Nun frage ich: was war zu thun? Sollte man in dem Wege fortfahren, in welchem man begonnen hatte? Meine Herren! Es ist notorisch, daß schon bei der Berufung der Landesversammlung, die im Monat September 1850 zusammentrat, eine Minorität des Landes sich an ihrer Wahl betheiligte, welche unglaublich war. Ich habe die Zusammenstellung jener Stimmenzahl fertigen lassen; es hat kaum ein Drittheil aller Stimmberechtigten sich bei der Wahl jener Landesversammlung betheiligte, so sehr war die Theilnahme im Lande gesunken an dem Werke, welches die Landesversammlung zum dritten Mal vorgenommen hat. Hier war also zu erwägen: was hat die Regierung weiter zu thun? Sie mußte einen anderen Weg suchen; nun frage ich aber Jeden von Ihnen: welches war der sicherere, der bessere, welches der, der einer konstitutionellen Regierung mehr anstund; war es der, selbst etwas zu schaffen und dem Lande zu oktroyiren, oder auf das Recht zurückzukommen, welches 30 Jahre lang durch Vertrag bestanden hat und — ich darf es fast sagen — zum Glück des Landes bestanden hat. Die Regierung ist auf den alten verfassungsmäßigen Boden zurückgekehrt und sie freut sich Dessen besonders am heutigen Tage, wo die Unordnung und Verwirrung, welche drei Jahre lang im Staatshaushalt herrschte, durch Ihr Votum über den Hauptfinanzerat zu Ende gebracht wurde. Sie steht fest auf dem verfassungsmäßigen Boden und man weiß wieder, was Recht und was nicht Recht ist. Das württembergische Volk in seiner großen Mehrheit hat der Regierung auch vollkommen Recht gegeben. Meine Herren! Ich rechte in einer politischen Sache von so schwerem Gewichte nicht gerne über Buchstaben und abstrakte Rechtsätze, mögen sie nun für oder wider mich sein. Was im Augenblick zu thun war, um dem Zustande der Verwirrung ein Ziel zu setzen, Das war die Frage, um die es sich handelte. Die Regierung hat gehandelt und das württembergische Volk hat anerkannt, daß es nothwendig war, so zu handeln; denn, meine Herren, seit langer Zeit schon war die Theilnahme an den Wahlen nicht so groß, wie bei der Wahl zu dieser Versammlung. Das Volk hat dadurch anerkannt, daß das Verfahren der Regierung eine Handlung der Nothwendigkeit war, die sie vollzogen hat zum Glück des Landes.

Der Herr Abgeordnete Schoder sagt nun freilich: wozu hatte die Regierung nöthig, den deutschen Bund anzuerkennen, den deutschen Bundestag zu bescheiden? Auch darin — muß ich ihm sagen — hat er und seine Freunde uns wacker vorgearbeitet gehabt. Gerade das Gebahren Derjenigen, welche in so schonungsloser Weise gegen den Bund aufgetreten waren, hat gezeigt, daß etwas Anderes an seine Stelle zu setzen absolut unmöglich sei; daß man zuerst zurückkommen müsse auf den Boden der europäischen und deutschen Verträge, daß man zuerst das in Deutschland gültige Recht anerkennen müsse, um von diesem aus auf gesetzlichem Wege weiter schreiten zu können. Dieses, meine Herren, und sonst nichts haben wir gethan und ich hätte gewünscht, der Herr Abgeordnete Schoder hätte auch nur wenigstens einige Andeutungen gegeben, wie man es anders hätte machen sollen. Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er wolle nicht viele Beweise vorbringen, was er auch nicht gethan hat, sondern er hat allgemeine Phrasen hingeworfen, die etwa dahin gingen: wenn die württembergische Regierung an den Grundrechten und was damit zusammenhängt, festgehalten hätte, so hätte sie mit andern Regierungen, welche denselben Weg gegangen, eine Coalition eingehen und ein neues Deutschland gründen können. Meine Herren! Eine solche Behauptung entbehrt aber aller und jeder Grundlage. Wohl weiß ich, daß man zu einer gewissen Zeit Württemberg zum Stützpunkt machen wollte, um an ihm den Hebel zur Bewegung Deutschlands anzusetzen. Aber dieser Versuch ist sehr unglücklich ausgefallen und die Regierung war nicht gemeint, denselben zu wiederholen. Auch weiß ich nicht, wer die Staaten gewesen sein sollen, mit welchen Württemberg ein anderes deutsches Reich hätte gründen sollen. Bekanntlich sind die Rechte, welche dem Herrn Abgeordneten Schoder so heilig sind, fast in keinem andern Land angenommen worden, ich weiß also kaum, wie man sagen kann, die württembergische Regierung hätte eine Coalition mit denselben deutschen Regierungen eingehen sollen, wo an diesen Rechten festgehalten wurde. Ich glaube also, es bedarf keines Be-

wieses, daß in der Lage, in welcher Deutschland sich befand, es nicht nur der einzige Ausweg, sondern auch dringende Pflicht war, sich des alten beschworenen Rechtes zu erinnern und darauf zurückzukommen, um endlich wieder festzustehen und diejenige Achtung in Deutschland und Europa zu genießen, auf welche man mit Recht Anspruch machen kann. Auf diesen Standpunkt, meine Herren, sind wir zurückgegangen. Wenn nicht Alles, was geschehen ist, dem Herrn Abgeordneten von Besigheim gefällt, oder wenn es überhaupt nicht die allgemeine Zustimmung erhält, so kann dieß auf die Frage, die uns heute vorliegt, von gar keinem Einflusse sein. Ich muß diese Art zu argumentiren als eine ganz irrige und gehaltlose verwerfen, indem man aus Mißgriffen, welche in dieser oder jener Richtung begangen werden mögen, beweisen will, was in Deutschland öffentliches Recht hätte werden sollen. Ich weiß wohl, es sind dieß Fragen, die man von jeher unter einander geworfen hat — ich sage nicht absichtlich, aber doch immerhin mit dem Erfolg, daß die Ansichten verwirrt wurden. Man hat gesagt: wer diese oder jene Folge nicht wolle, der dürfe auch den Grund, aus dem sie entspringe, nicht annehmen, während doch hiefür ganz andere allgemeine Erwägungen maßgebend sein müssen und ein nothwendiger Zusammenhang oft gar nicht Statt findet.

Ich glaube hienach, daß ich dem Herrn Abgeordneten von Besigheim nicht nur mit gutem Gewissen, sondern auch mit überzeugenden Gründen entgegen gehalten habe, daß es leichter ist, ein System, wie er es gethan hat, zu verdammen, als nachzuweisen, wie etwas besser oder auch nur wie es anders zu machen wäre. Man hat auch gesagt, wenn dem überall so wäre, wie die Regierung sage, so folge daraus doch noch nicht, daß sich so zu verhalten sei, wie sie gethan. Man hat gesagt, es liege gerade dem halb nichts daran, ob das gegenwärtige Ministerium abtrete, es liege nichts daran, ob die Kammer verschwinde, ja ob das konstitutionelle System selbst, wie es gegenwärtig gehandhabt werde, verschwinde; das alles, hat man gesagt, sei gleichgültig. Was den ersten Satz betrifft, so will ich mich darüber nicht aussprechen. Ich gönne Jedem das Glück, unter so schwierigen Umständen zu handeln; was aber den zweiten Satz betrifft, daß das Land keinen Werth auf seine Vertretung lege, so ist mir nur bekannt, daß das Volk allerdings da und dort keinen Werth auf seine Vertretung zu legen scheint wegen des Verhaltens der Herren, die gerade heute so große Worte gemacht haben. Das Land hat genug an diesen ewigen Zänkereien mit der Regierung; es wünscht, daß die Ständeversammlung mit der Regierung Hand in Hand gehe und den redlichen Absichten der Regierung entgegenkomme. Sonst habe ich aber nichts davon gehört, daß das württembergische Volk keinen Werth auf seine Vertretung lege, und ich bezweifle, ob es dieses Recht so leichtem Kaufes aufgeben wird, wenn auch einige Ideale gewisser Herren nicht verwirklicht werden sollten. Das württembergische Volk weiß recht gut zu würdigen, welchen Werth es für dasselbe hat, daß es an der Gesetzgebung Theil zu nehmen hat, und es schätzt auch das Recht, seinen Haushalt mitordnen zu dürfen, nicht so gering, wie man sagt. Mit den großen Gedanken, die man hier auszusprechen gewohnt ist, ist dem Volke kein Brod geschafft und sind seine Bedürfnisse nicht befriedigt.

Der Hr. Abg. Schoder hat aber gesagt, die Regierung zerstöre vielmehr, sie ordne nicht; er hat dabei auf die Handhabung des Pressgesetzes hingewiesen. Ich möchte aber wissen, was der Hr. Abgeordnete hier dem Ministerium zum Vorwurfe machen will. Die große Mehrzahl der Maßregeln gegen die Presse ist von den kompetenten Gerichten genehm gehalten worden, und wenn hie und da die Beschlagnahme eines Blattes von einem Gerichte nicht gut geheissen worden ist, so ist Das eine Sache, die in aller Welt vorkommt. Die große Mehrzahl dieser Beschlagnahmen wird von den Gerichten genehmigt, und jedenfalls, wenn dieß auch nicht der Fall wäre, geschieht Nichts weiter, als was in unserem bestehenden Rechte, in dem Pressgesetze vom Jahr 1817 vorgeschrieben ist. Ich sehe also nicht ein, wie man hier das Ministerium angreifen will. Man spricht ferner von den Vereinen. Man sagt: wie sich doch die Regierung so groß und stark dünken müsse, im Bewußtsein, diese Vereine todgeschlagen zu haben. Meine Herren! Die Regierung dünkt sich deswegen um kein Haar größer und stärker, als sie vorher war. Sie hätte auch keine Veranlassung hiezu, denn es war in der That kein großer Widerstand zu überwinden. Das württembergische Volk hat über diese Vereinsfrage gerichtet, es hat zu erkennen gegeben, daß es von diesen Vereinen, die man ihm wie so manches Andere aufgedrängt hat, gar Nichts mehr wollte, und es war vielfach froh, endlich einmal davon befreit zu werden. Es ist dieß also kein Gegenstand der Eitelkeit für die Regierung, sondern wir sind in einem Momente einge-

Schritten, wo wir von allen Seiten nur Zustimmung gefunden haben.

Man sagt ferner, nicht einmal wissenschaftliche Vorträge dürfe man halten. Da greift man nun irgend ein Beispiel heraus, ohne den geringsten Beweis beizubringen, ohne die Sache auch nur im Mindesten zu erörtern; aber Das gerade benützt man, um damit einen Schatten auf die Regierung zu werfen. Es wird wohl Niemand in Abrede ziehen, daß es auch solche Vorträge geben kann, welche für die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährlich sind. Da es meine Sache nicht ist, Jemanden persönlich verletzen zu wollen, so wende ich auch hier den Satz an, daß ich über die Intention bei den Vorträgen nicht richten will. Allein auf diese Intention kommt es nicht an, und wenn die Regierung solche Vorträge für gefährlich erachtet, so ist es ihre Pflicht, dieselben zu verbieten.

Endlich hat man gesagt, es sei eine Hauptaufgabe, Treue und Glauben im Volke zu erhalten und sein Rechtsbewußtsein nicht zu erschüttern. Meine Herren! Dieses zu erhalten, liegt auch uns am Herzen, aber bedenken Sie, daß es sich darum handelt, aus einem Zustande des unentschiedenen Rechtes in einen Zustand herüberzukommen, wo das Recht entschieden werden muß. Wie soll geholfen werden, wenn ein Zustand, den ich nicht anders nennen kann, als einen revolutionären, — denn als einen revolutionären Zustand werden auch Sie es erkennen, wenn Sie ganz Deutschland durchgehen und sich die Ergebnisse der letzten Jahre in ihrer so vielfach erkannten Unhaltbarkeit vor Augen stellen, — wie soll anders geholfen werden, als daß eben die Regierung eine entschiedene Stellung annimmt? Ich frage Sie, meine Herren, heißt Dieß Treue und Glauben erschüttern? Wir haben uns redlich bemüht, auf jener zarten Linie hinzugehen, die das Rechtsgefühl so viel als möglich schont; wir haben für dieses Bestreben manches Opfer gebracht. Aber ich wiederhole es, meine Herren, die Sache muß endlich entschieden sein. Ein Land, das Anspruch darauf macht, Theil eines großen Ganzen zu sein, muß sich aussprechen und sagen, was es will, es muß rückhaltlos bekennen, daß es ein Theil dieses großen Ganzen sein will, es darf keine Zweideutigkeit über seine Stellung zulassen, sonst ist dieses Land und sein Volk in einer Lage, die ihm sehr verderblich werden kann, und diese Rücksicht, zu wahren, ist Aufgabe der Regierung. Sie kann nicht in dem beschaulichen Ideentreibe bleiben, worin sich so mancher befinden mag, indem er sich dem Glauben hingibt, daß man das Rechtsbewußtsein nicht stören dürfe; sie muß handeln und entschieden handeln. Hiemit, meine Herren, bin ich an Dem angekommen, was ich zum Schlusse Ihnen sagen möchte: Suchen Sie nicht in Worte zu hüllen, was doch einmal gesagt werden soll; suchen Sie nicht zu deuteln und zu drehen; sondern thun Sie Das, was dem Wohle des Landes entspricht, d. h. geben Sie einen Beweis von dem Einklang zwischen der Staatsgewalt und der Volksvertretung, dann wird die Regierung stark genug sein, das Land durch die Schwierigkeiten der Zeit hindurchzuführen. Das, meine Herren, ist mein dringender Wunsch und meine Bitte, und ich glaube, Sie erfüllen eine heilige Pflicht, wenn Sie diesen Beweis des Einklangs zwischen der Staatsregierung und dem Volke geben. (Beifall.)

Württemberg.

Ulm, 11. März. (St. A.) In unserer Gegend will das Benehmen der Kammerminorität wenig gefallen. Am allerwenigsten aber billigt man das undelikate Eingreifen Einzelner in die Privatathule Seiner Majestät. In keiner Kammer Deutschlands findet man solche Kammerreden. Wir unsers Theils halten diese immer wiederkehrende Gelüste nach Verminderung der Civilliste schon nach der Verfassung von 1819, die immer noch zu Recht besteht, für unstatthaft und um so ungeeigneter, als man gerade von der königlichen Familie der Bedürftigkeit auf jede Weise theilnehmend entgegengekommen. Wer da glaubt, es geschehe nur das, was in öffentlichen Blättern zu lesen ist, der irrt. Die Gaben, welche im Stillen gegeben werden, übersteigen bei Weitem diese öffentlichen Kundgebungen. Die Verhandlung oder eigentlich Nicht-Verhandlung über die Aufhebung der Besteuerung unserer schon lange vernachlässigten Stiftungen für Studierende in der Kammer hat Manchem wieder die Augen geöffnet, und Herr A. Seeger wird bei nächster Kammerwahl die „gute Stadt“ Ulm wohl schwerlich wieder vertreten dürfen. Der Ulmer ist stolz auf seine Stiftungen, auf seinen Münster, und wer ihm diese nicht zu erhalten, nicht zu fördern strebt, der gilt ihm wenig.

Ehingen, 8. März. (D. B.) Unser Lokalblatt brachte neulich eine Rechnungsübersicht über die Verwaltung der Hospital-

Rüche durch die barmherzigen Schwestern vom 1. Mai bis letzten Dezember. Schon in diesen ersten 8 Monaten zeigen sich in der That namhafte Ersparnisse, die der Stiftung und den Armen sehr wohl bekommen. Die unermüdlige Hingebung der barmherzigen Schwestern in ihrem schweren Beruf und ihr segensvolles Wirken findet mehr und mehr die gebührende Anerkennung. Sie vermitteln auch außerhalb des Hospitals bei armen Kranken gar manche Gaben und Wohlthaten, die am Ende auch der Stiftung zu gut kommen. Es soll in Bälde eine neue feierliche Einkleidung von Schwestern statthaben.

Deutschland.

Frankfurt, 8. März. (A. Z.) Den Angelegenheiten der Schweiz wird auch hier eine entschiedene Aufmerksamkeit zugewendet. Während man nicht ohne billigende Theilnahme den innern Entwicklungsgang der Verfassungskrisis des hiesigen Staatswesens beobachtet, spricht sich immer offeneres Mißfallen; auf ernstliche Besorgnisse gestützt; über das verhängnißvolle Treiben der Radikalen in der Schweiz, namentlich in den beiden Hauptkantonen Bern und Zürich aus. In letzterem sucht sich der Socialismus durch Treichlers Wahl in dem Nationalrath politisch zu verkörpern, Einfluß und Stimme in der höchsten eidgenössischen Behörde zu gewinnen; in Bern wird schon die praktische Anwendung des Kommunismus durch den Stämpflischen Katechismus gelehrt, und dessen nahe bevorstehende Apotheose durch die Erhebung Stämpfl's zur höchsten Magistratur des Landes verkündet. Unbegreiflich ist dabei nur die Verblendung der radikalen Partei, welche nicht einsehen will, daß gerade die Erreichung des von ihr angestrebten Ziels ihr den Untergang bereiten würde. Denn weder Frankreich, noch Oesterreich und der deutsche Bund, noch selbst Sardinien können dulden, daß die Schweiz der Herd des experimentirenden Socialismus und Kommunismus werde. Hier ist man in wohlunterrichteten Kreisen der Ansicht, daß die Wiederherstellung der schweizerischen Verhältnisse, wie sie durch die Erklärung vom 20. Nov. 1815 völkerrechtlich festgestellt worden, verlangt werden wird. Die eigenmächtige Umgestaltung dieser Verhältnisse soll dem Vernehmen nach nicht anerkannt werden.

Von der Elbe, 9. März. (D. B.) Die gegenwärtige Bitterung stellt in Aussicht, daß die wirklichen Getreidepreise ihre höchste Grenze erreicht haben dürften, wofür auch die Thatsache spricht, daß in der letzten Zeit dieselben sich ziemlich gleich blieben; der Ausfall der Ernte im westlichen Europa wird sich durch bedeutende Einfuhr aus dem Osten, namentlich in den russischen Häfen, vollständig decken, und es steht demnach eher ein Weichen der Preise bevor, als ein Hinausgehen derselben. In London sind in der letzten Woche mehrere Ladungen ägyptischen Weizens eingetroffen, der Markt in Hamburg ist fast überfüllt, so daß ein Abschlag eine nothwendige Folge davon sein muß. Die Speculanten sind vorsichtiger geworden und es verwandelt sich deren Oier in solidere Kauflust, die auch durch die vorhandenen Vorräthe ganz wohl befriedigt werden kann. Nebst Weizen bilden Roggen, Gerste und Hafer die größten Vorräthe; ebenso häufen sich Erbsen und Winterreps immer mehr an.

Ausland.

Paris, 11. März. (St. A.) Aus dem Fort Lamalque sind dieser Tage 238 Gefangene in Freiheit gesetzt worden. Obgleich sie vorderhand noch unter der Aufsicht der allgemeinen Polizei stehen werden, so verließen sie doch ihr Gefängniß mit den Rufen: „Es lebe Napoleon! Es lebe der Präsident!“

Dem Gesandten Frankreichs beim Bundestage in Frankfurt soll die Instruktion zugegangen sein, die Republik beim Bunde glänzender als seither zu repräsentiren.

Landwirthschaftliches.

Ueber die Verbesserung der Steckkartoffeln und der künftigen Ernte, liest man aus Darmstadt folgendes: Dazu ist erforderlich, daß die Kartoffeln in diesem Monat aus dem Keller auf einen Haus- oder Stalloboden gebracht werden, wo die guten ganz weß, die frankten aber glasig und wässerig werden, und müssen letztere bei dem Stecken ausgelesen werden. Die weßten Kartoffeln haben auch den Vortheil, daß sie vierzehn Tage früher aufgehen, als wenn sie im Keller oder in einer Grube liegen bleiben. Es ist wahrscheinlich, daß durch diese Behandlung die bisherige Krankheit wo nicht ganz beseitigt, doch gewiß sehr vermindert wird, und kann allen Landwirthten empfohlen werden.